

## GENERALSTREIK GEGEN SOZIALABBAU

# Widerstand ist möglich



Anna Grigoriadou vertritt die Kommunistische Partei Griechenlands (Kommunistikó Kómma Elládas, KKE) in Mitteleuropa. Anlässlich eines offiziellen Besuchs bei der steirischen KPÖ sprach sie mit der Steirischen Volksstimme über den jüngsten Generalstreik in Griechenland.

*Unlängst gab es in Griechenland den zehnten Generalstreik seit Dezember letzten Jahres. Können Sie uns etwas über die Beteiligung sagen?*

**Anna Grigoriadou:** Die Demonstrationen waren diesmal etwas kleiner, aber die Beteiligung in den Betrieben war abermals sehr hoch. Im privaten Sektor sind mehr als 80 Prozent dem Streikaufruf gefolgt, im öffentlichen Dienst waren es sogar 96 Prozent. Die hohe Beteiligung ist auch ein Resultat der konsequenten Arbeit unserer Genossen im kommunistischen Gewerkschaftsverband

PAME. Sie haben schon Tage vor dem Streik in jeder Fabrik, auf jedem Markt, überall dort, wo sich Arbeiterinnen und Arbeiter treffen, für die Teilnahme am Streik geworben.

*Wogegen richten sich die Streiks konkret?*

**Anna Grigoriadou:** Wir wenden uns gegen einen ganzen Maßnahmenkatalog. Da geht es um die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre. Das würde bedeuten, dass nach dem Willen der Regierung und der EU Männer um zwei Jahre und Frauen gar um sieben Jahre länger arbeiten müssten. Darüber hinaus plant die Regierung die Privatisierung wesentlicher Teile des Gesundheitssystems und die Streichung des 13. und 14. Gehalts.

*Welche Rolle spielt die EU bei diesem beispiellosen Sozialabbau?*

**Anna Grigoriadou:** Die EU ist ein Apparat, der den Arbeiterinnen und Arbeitern immer mehr abverlangt, um die Interessen des Kapitals zu bedienen. Deshalb stützt sie den Sozialab-

bau und fordert ihn sogar ein. Das lässt sich im Übrigen nicht auf Griechenland beschränken. Was heute in meinem Heimatland passiert, kann morgen in Deutschland, Belgien oder auch Österreich eintreten.

*Die griechische Regierung gibt vor, dass es an einer Alternative zu diesem Sozialabbaupaket fehle. Welche Alternativen sehen Sie?*

**Anna Grigoriadou:** Wer sagt, es gäbe keine Alternative, lügt. Unsere Regierung lügt unser Volk an und ihre tut es auch. Denn es gibt natürlich eine Alternative. Die Arbeiterinnen und Arbeiter in Griechenland genauso, wie in jedem anderen Land auch, müssen sich erheben. Sie haben die Macht, sie produzieren alles und sie haben es in der Hand, das Tor zu einer anderen Entwicklung aufzuschlagen. Eine, in der das Wohl aller im Mittelpunkt einer geplanten Wirtschaft steht. Für uns ist klar, dass ein solches, neues System nur ein sozialistisches sein kann.

SCHLUSS MIT DEM AUSVERKAUF!

## Wichtiges in öffentliche Hand!

Das Land muss Einfluss auf lebenswichtige Dinge haben, fordert die KPÖ.

Der Ausverkauf von Gemeinde, Landes- oder Staatseigentum muss ein Ende haben, meint die KPÖ. Zum Beispiel ist die Post: 47 Prozent wurden 2006 an der Börse verkauft. Seither hat man hunderte Postämter geschlossen.

Die KPÖ stemmt sich gegen jegliche Privatisierung öffentlichen Eigentums und macht sich im Landtag dafür stark, dass öffentliche Wirtschaftsbetriebe gefördert und ausgebaut werden sollen. Einige Beispiele:

### Müllabfuhr

Die KPÖ drängt darauf, die Abfallwirtschaft in öffentlicher Hand zurückzuführen, damit die Menschen nicht jedes Jahr mit steigenden Preisen für die Müllabfuhr rechnen müssen.

### Energie

Ähnlich ist es mit den Strompreisen. Die KPÖ kämpft für einen günstigen Steiermark-Tarif.

### Wasser

Wasser ist und bleibt öffentliches Gut! Niemals darf daraus ein Spekulationsobjekt werden!

### Gesundheit

Auch in der Pflege wittern Private hohe Gewinne. Zuletzt wurde ein KPÖ-Antrag beschlossen, wonach es nur mehr für öffentliche oder gemeinnützige Heimbetreiber Förderungen geben soll. Allerdings verweigert die SPÖ die Verwirklichung. „Mit der Geschäftemacherei zu Lasten der Menschen muss Schluss sein“, sagt KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler.



**Wir sparen nicht für eure Krise**

Landtagswahl 26. September: Liste 3